

Selbstständiger Antrag von Abgeordneten (§ 21 GeoLT)

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne)

Fraktion(en): Grüne

Zuständiger Ausschuss: Gesundheit und Pflege

Regierungsmitglied(er): Landesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl

Betreff:

Bekenntnis zur solidarisch finanzierten Gesundheitsversorgung ohne Selbstbehalt

Die solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung zählt zu den tragenden Säulen des österreichischen Sozialstaates und soll einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischer Versorgung unabhängig von Einkommen, Alter oder sozialem Status gewährleisten.

Im öffentlichen Diskurs wurde zuletzt – unter anderem durch Aussagen des steirischen Wirtschaftslandesarates Willibald Ehrenhöfer – die Einführung eines Selbstbehalts für medizinische Behandlungen ins Spiel gebracht (Kleine Zeitung, Geben zu viel Geld für die falschen Sachen aus, 19.02.2026). Ein solcher Selbstbehalt würde Patientinnen und Patienten finanziell belasten und birgt die Gefahr, dass notwendige Arztbesuche und Behandlungen aus Kostengründen aufgeschoben oder unterlassen werden.

Internationale Erfahrungen zeigen, dass Selbstbehalte insbesondere für einkommensschwache Haushalte, chronisch Kranke sowie ältere Menschen eine Zugangshürde darstellen können. Dies kann nicht nur gesundheitliche Risiken erhöhen, sondern langfristig auch höhere Kosten für das Gesundheitssystem verursachen. Hinzukommt, dass Familien mit geringerem Einkommen von Belastungen stärker betroffen sind als jene mit einem höheren Haushaltseinkommen.

Das österreichische Gesundheitssystem basiert auf dem Prinzip der Solidarität: Beiträge werden nach Leistungsfähigkeit eingehoben, Leistungen jedoch nach Bedarf gewährt. Gerade in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten ist es essenziell, soziale Sicherheit zu stärken und nicht durch zusätzliche finanzielle Hürden im Gesundheitsbereich zu gefährden.

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag Steiermark bekennt sich ausdrücklich zur solidarisch finanzierten Gesundheitsversorgung und zum gleichberechtigten Zugang zu medizinischen Leistungen für alle Menschen.

2. Der Landtag Steiermark spricht sich gegen die Einführung von Selbstbehalten für medizinische Behandlungen im öffentlichen Gesundheitssystem aus.
3. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei die Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Zugang zu Gesundheitsleistungen weiterhin einkommensunabhängig gewährleistet bleibt und keine finanziellen Hürden geschaffen werden.

Unterschrift(en):

LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne)